

## **Pressemitteilung**

München, den 12. Oktober 2006

---

### **Innenminister Beckstein spricht mit Zentralrat und KZ-Überlebenden der Sinti und Roma über Diskriminierungsverbot**

Der Bayerische Innenminister, Günther Beckstein, will das vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma vorgeschlagene gesetzliche Diskriminierungsverbot im Behördenrecht gegen die Minderheitenkennzeichnung Beschuldigter in der Berichterstattung mit den zuständigen Ministern der anderen Bundesländer erörtern. Diese Zusage gab Minister Beckstein gestern in dem von 16.00 bis 18.00 Uhr dauernden Gespräch mit dem Zentralratsvorsitzenden Romani Rose. An dem Gespräch nahmen auch mehrere KZ-Überlebende bayerischer Sinti und Roma sowie Vertreter von Landesverbänden der Sinti und Roma teil. Beckstein äußerte Verständnis für die Besorgnis der Betroffenen.

Die Vertreter der Sinti und Roma legten dem Minister 554 Zeitungsberichte und Meldungen aus der Zeit seit 1995 vor und wiesen auf aktuelle Sendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens hin, die laut Rose eine unnötige Minderheitenkennzeichnung von Beschuldigten enthielten. Die daraus resultierenden Diskriminierungen und Nachteile für alle Sinti und Roma würden aus den vorgelegten Ergebnissen einer Repräsentativumfrage innerhalb der Minderheit in Deutschland deutlich, so Rose weiter. Aufgrund der vom Zentralrat dokumentierten Sachverhalte wurde über weitere Initiativen in den Ländern und der Innenministerkonferenz gesprochen. Das vor kurzem in Kraft getretene „Antidiskriminierungsgesetz“ (AGG) enthalte noch kein besonderes Diskriminierungsverbot, um die Kennzeichnungspraxis bei Behörden und Medien zu verhindern, sagte Rose. Denn das AGG betreffe bisher nur den Bereich des Privat- und Arbeitsrechts und nicht den des öffentlichen Rechts.

Die Sinti und Roma wiesen darauf hin, dass die von Behörden immer wieder veranlasste Kennzeichnung von Beschuldigten nicht erforderlich sei, um die berichteten Sachverhalte zu verstehen. Eine solche Kennzeichnung, die in der Bevölkerung ebenso wie innerhalb der öffentlichen Verwaltung Vorurteile schüre, sei auch schon vor 1945 Praxis der Nationalsozialisten gegen Juden und „Zigeuner“ gewesen, erklärte der Auschwitz-Überlebende Franz Rosenbach.